



Antrag

der Abgeordneten **Ruth Waldmann, Holger Grießhammer, Nicole Bäumler, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr, Katja Weitzel, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Harry Scheuenstuhl SPD**

Transparente Krankenhausplanung: Bericht über Gutachten und Rahmenplanung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, das jüngst von Staatsministerin für Gesundheit, Pflege und Prävention Judith Gerlach in Auftrag gegebene Gutachten zur Krankenhausversorgungslage in Bayern sowie das für Frühjahr 2025 angekündigte zweite Gutachten zur Prognose der künftigen Patientenzahlen so bald wie möglich dem Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention vorzulegen sowie dem Landtag und im Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention zeitnah zu berichten,

1. ob es sich bei dem angekündigten Gutachten zur Krankenhausversorgungslage um die in der Pressekonferenz vom 22.10.2024 angekündigte bayernweite Datengrundlage zu den künftigen Leistungsangeboten der einzelnen Krankenhäuser handelt oder um zwei getrennte Datenerhebungen,
2. warum erst jetzt umfassend Daten erhoben werden und nicht schon zu Beginn des Reformprozesses auf Bundesebene, an dem die Länder von Anfang an beteiligt waren,
3. welche spezifischen Fragestellungen den Gutachten zugrunde liegen,
4. welche voraussichtlichen Kosten die Gutachten verursachen werden,
5. wie der geplante Zeitrahmen für die Erstellung und Vorlage der Gutachten aussieht,
6. inwiefern die Gutachten die Auswirkungsanalyse der Bundesreform auf Bayern ergänzen oder ersetzen sollen,
7. weshalb für die Erstellung eines Überblicks über die Versorgungslage und Patientenzahlen in Bayern externe Gutachten notwendig sind, obwohl dies zu den Kernaufgaben des Staatsministeriums für Gesundheit, Pflege und Prävention gehört,
8. welche Abteilungen im Staatsministerium bisher für die Krankenhausplanung zuständig waren und welche Ergebnisse sie erzielt haben,
9. auf welcher Datengrundlage bisher Entscheidungen über die Investitionskostenförderung von Krankenhäusern getroffen wurden,
10. welche konkreten Maßnahmen die Staatsregierung in dem von Staatsministerin Judith Gerlach angekündigten Rahmenplan vorsieht, um ein unkontrolliertes Kliniksterben in Bayern zu verhindern und die Krankenhauslandschaft umzustrukturieren, einschließlich eines konkreten Zeitplans für dessen Umsetzung.

Begründung:

Nach Angaben der Bayerischen Krankenhausgesellschaft rechnen 80 Prozent der bayerischen Kliniken in diesem Jahr mit Verlusten. Dies könnte zu ungeplanten Schließungen führen und die medizinische Versorgung in Teilen Bayerns gefährden. Krankenhausplanung ist Ländersache und obliegt dem Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention. Dies betont auch Markus Pannermayr, Vorsitzender des Bayerischen Stadetags, und fordert einen Krankenhausplan für Bayern: Man dürfe nicht abwarten, bis möglicherweise wichtige Kliniken schließen, sondern müsse die Umstrukturierung aktiv gestalten.¹ Auch aus den Reihen der FREIEN WÄHLER und des Koalitionspartners CSU kommt mittlerweile harsche Kritik an einer zu zögerlichen Krankenhausplanung. Staatsministerin Judith Gerlach hat nach eigenen Angaben ein Gutachten zur Versorgungssituation in Bayern in Auftrag gegeben und angekündigt, einen Rahmenplan vorzulegen. In ihrer jüngsten Pressekonferenz vom 22.10.2024 kündigte sie zudem die Bereitstellung einer bayernweiten Datengrundlage zu den künftigen Leistungsangeboten der einzelnen Krankenhäuser sowie ein weiteres externes Gutachten zur Prognose der künftigen Patientenzahlen an. Die geplante große Krankenhausreform des Bundes kommt auch wegen massiver Widerstände aus Bayern nicht voran. Dies führt zu großer Verunsicherung. Es ist daher dringend notwendig, dass das Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention seiner Planungsaufgabe nachkommt und einen umfassenden, zukunftsorientierten Krankenhausplan für Bayern vorlegt.

¹ <https://www.br.de/nachrichten/bayern/unkontrolliertes-kliniksterben-wer-es-verhindern-kann,UQiWtmO>